



Peter Hettlich
Mitglied des Deutschen
Bundestages
Sprecher der Arbeitsgruppe Ost

Tel. (030) 227 – 71 864
Fax (030) 227 – 76 864
Email peter.hettlich@bundestag.de

17.03.2005

Befund: Bewusstseinspaltung in der Sächsischen Staatsregierung!

Gestern passierte das Hochwasserschutzgesetz den Vermittlungsausschuss passieren. Zur Ablehnung des Freistaates Sachsen erklären Peter Hettlich, Sprecher der Arbeitsgruppe Ost der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, und Claus Krüger, Vorstandssprecher des Landesverbandes Sachsen von Bündnis 90/Die Grünen:

„Wir freuen uns, dass die Gesprächspartner im Vermittlungsausschuss auch ohne Sachsen den Durchbruch geschafft haben. Der aktuelle Stand des Hochwassergesetzes ist ein Kompromiss. Er ist die Grundlage für einen wirksamen Hochwasserschutz und nimmt auf die Befindlichkeiten der Bundesländer Rücksicht. Nun ist es am Freistaat das Gesetz umzusetzen. Das heißt vor allem Überschwemmungsgebiete festzulegen und die Zusammenarbeit mit den Nachbarn zu suchen. Sachsens Staatsregierung zahlt in Zukunft die Hochwasserschäden in bebauten oder landwirtschaftlich genutzten hochwassergefährdeten Gebieten selbst.“

Peter Hettlich: „Es ist schizophren, dass ausgerechnet das Bundesland, das am schwersten von der Flut 2002 betroffen war, das Ergebnis des Vermittlungsausschusses torpediert. Ausgerechnet das Bundesland, das die höchsten Zuwendungen zur Beseitigung der Flutschäden vom Bund erhielt, möchte gegen den Gesetzentwurf des Bundes klagen.“

Claus Krüger: „Offensichtlich hat die Staatsregierung nichts aus der Flut gelernt. Eine schnelle Hilfe des Bundes zum Ausgleich nahezu aller Schäden hat der Freistaat gern entgegen genommen. Eine der wichtigsten Erkenntnisse aus der Flut wäre gewesen, dass man bei Katastrophenvorsorge und –schutz über Staatsgrenzen hinaus denken und agieren muss. Denn wirksamer Hochwasserschutz ist nur in Zusammenarbeit mit dem Bund und den Nachbarn möglich. Unklar ist die Rolle der SPD in Sachsen. Sie hat sich offenbar komplett von der CDU vereinnahmen lassen und macht nun sogar Politik gegen CDU-regierte Länder, die einsichtiger waren und dem Gesetz zugestimmt haben.“

Peter Hettlich und Claus Krüger: „Anstatt die Arme hochzukrempeln und Fehler der Vergangenheit zu korrigieren, will die Staatsregierung wohl lieber wieder die Hosenbeine hochkrempeln und auf die nächste Flut warten.“

Pressemitteilung